MK1 Junggrüne Medienpolitik - frei, vielfältig, kreativ

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 16.04.2017

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Medien- und Kulturpolitik

1 Eine Vielzahl verschiedener Medien wird von vielen Menschen fast täglich
2 genutzt. Medien, oder auch "Kommunikationsmittel mit Breitenwirkung", wie
3 beispielsweise Film, Radio, Fernsehen sowie Online und Offline-Zeitungen haben
4 sich in den letzten Jahrzehnten stark und schnell verändert. Grundsatz unserer
5 junggrünen Politik ist es stets allen Menschen Teilhabe zu ermöglichen, dies
6 gilt auch für Medien. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen beim
7 technologischen Fortschritt mitgenommen werden können und eine vielfältige
8 Medienlandschaft in Bayern bestehen und wachsen kann.

9 Lebenslang up to date!

10 Veränderungen in der Medienlandschaft geschehen immer schneller. Daher setzt die
11 GRÜNE JUGEND Bayern sich für die lebenslange Möglichkeit für alle Menschen an
12 Weiterbildungen teilzunehmen ein. Eine digitale Spaltung der Gesellschaft gilt
13 es vorzubeugen.

14 Auch an den Schulen muss innerhalb des Unterrichtes verstärkt eine Schulung des
15 Umgangs mit sozialen Netzwerken und der ganzen Bandbreite an Medien, sowohl on-
16 als auch offline, stattfinden.

17 Pressefreiheit global bewahren und Pressekodex einhalten

18 Der Pressekodex sorgt für eine Wahrung von ethischen Grundsätzen von
19 Journalist*innen. Doch in den letzten Monaten fand immer öfter eine breitere
20 Auslegung bis hin zur Missachtung des Pressekodex statt. Eine strengere Regelung
21 ist vor allem in zwei Punkten notwendig. Zum einen muss Werbung deutlicher von
22 redaktionellem Inhalt unterscheidbar sein. Eine einfache Kennzeichnung reicht
23 nicht aus, Schriftart beziehungsweise Formatierung der Werbung muss sich
24 deutlich abheben vom redaktionellen Teil. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert eine
25 Änderung des Satzes 'Die Abgrenzung vom redaktionellen Teil kann durch
26 Kennzeichnung und/oder Gestaltung erfolgen', indem das oder gestrichen wird.
27 Kennzeichnung UND abweichende Gestaltung sind die einzigen Mittel, die
28 Leser*innen vor Schleichwerbung zu schützen. Ein zweiter Aspekt, der strikter
29 geregelt werden muss, ist die Wahrung der Anonymität bei der Berichterstattung
30 über nicht-öffentliche Personen. Darunter fällt nicht nur der Namen der
31 betreffenden Person, sondern auch Herkunft beziehungsweise ethnische
32 Zugehörigkeit sowie die Konfession und Erkrankungen, darunter auch psychische
33 Gesundheit. Im Ausnahmefall von konkreten Fahndungen nach Täter*innen, werden
34 durch die Veröffentlichung nur populistisch gegen die Gesamtheit von Personen
35 mit den gleichen Eigenschaften vorgegangen, die in der Folge von der
36 Gesellschaft unter Generalverdacht gestellt werden. Insbesondere fällt das im
37 Zuge von Terroranschlägen auf, bei denen die Täter*innen meist klar
38 identifiziert und bereits festgenommen wurden, trotzdem allerdings die
39 Religionszugehörigkeit und Herkunft bekannt gegeben wurde, was zu einem
40 Aufschrei gegen Muslime und Migrant*innen geführt hat. Ein Interesse der
41 Öffentlichkeit ist hier zum Schutz von Personen, die sonst auch unter besagten
42 Generalverdacht gestellt werden würden, zu vernachlässigen. Wir fordern zudem,

43 dass zukünftig auch Anzeigenblätter und ähnliche Veröffentlichungen unter den
44 Pressekodex fallen müssen.

45 Im Sinne der Meinungs- und Informationsfreiheit fordert die GRÜNE JUGEND Bayern
46 die Abschaffung von Indizierungen durch die Bundesprüfstelle für
47 jugendgefährdende Medien (BPjM). In der Praxis zeigt sich, dass Kinder und
48 Jugendliche trotz Verbote an die gesperrten Medien gelangen können, dafür der
49 Kauf für Erwachsene allerdings erschwert wird. Kritische Inhalte sollen eher
50 strafrechtlich verfolgt werden, statt ohne weiteren Folgen gesperrt.

51 Im Zuge der letzten Verletzungen der Pressefreiheit, in denen Journalist*innen
52 als 'Lügenpresse' bezeichnet und von Konferenzen verwiesen wurden, in anderen
53 Ländern sogar eingesperrt wurden, spricht sich die GRÜNE JUGEND Bayern ganz klar
54 für die Wahrung der globalen Pressefreiheit ohne Einschränkung aus.

55 Befugnisse von Verwertungsgesellschaften endlich regeln

56 Die bisherigen Verwertungsgesellschaften sind schwer zu überblicken, da jedes
57 Medium eine eigene hat. Die Vergabekriterien werden von den Gesellschaften
58 einzeln festgelegt, genaue Richtlinien dafür gibt es nicht. Zudem sind für
59 einige Medien mehrere Verwertungsgesellschaften zuständig. Bei Bilderbüchern
60 beispielsweise sind sowohl VG Wort, als auch die VG Bild + Kunst zuständig. Das
61 ist vor allem problematisch, da Vergabeschlüssel auf die Beschlüsse der
62 einzelnen Mitgliederversammlungen der Verwertungsgesellschaften zurückzuführen
63 sind, die so sehr unterschiedlich ausfallen können. Um endlich für klare
64 Strukturen und einheitliche Richtlinien zu sorgen, positioniert sich die GRÜNE
65 JUGEND Bayern klar für eine einzige Vertretung von Urheber*innen, nicht
66 aufgeteilt in dutzende Einzelbereiche. Außerdem fordern wir eine Gleichsetzung
67 von digitalen und haptischen Medien, da beide mittlerweile eine gleichwertige
68 Stellung in der Gesellschaft haben, und so auch für Urheber*innen honoriert
69 werden müssen, ohne unterschiedliche Vergabekriterien. Um dies alles zu
70 bewerkstelligen braucht das deutsche Patent- und Markenamt mehr
71 Mitarbeiter*innen, deren einzige Aufgaben die Aufsicht über die
72 Verwertungsgesellschaft ist, um zu gewährleisten, dass die zukünftigen
73 Strukturen nicht nach eigenem Gutdünken arbeiten.

74 Den neuen Unirahmenvertrag lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern ganz klar ab. Dieser
75 würde zu einem unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand führen, den die
76 Hochschulen nicht bewältigen können.

77 Zur Verbesserung der aktuellen Lage fordert die GRÜNE JUGEND Bayern eine
78 Reformierung des Urheber*innenrechts wie laut unserer Beschlusslage vom Oktober
79 2016 und anschließend eine Regelung der Verwertungsgesellschaften auf EU-Ebene.

80 Preispolitik zum Schutz von Kulturgütern

81 Im digitalen Zeitalter müssen auch die Medien gleichberechtigt behandelt werden.
82 So haben die haptischen Medien noch viele Vorteile, die digitale nicht genießen
83 dürfen.

84 Für Kulturgüter gilt in Deutschland ein verminderter Steuersatz von 7% im
85 Vergleich zu den normalen 19%. Dies betrifft bisher Bücher, Zeitungen,
86 Erzeugnisse grafischen Gewerbes und Hörbücher auf Platten/Tonträgern. E-Book und
87 Downloads müssen endlich die gleichen Vergünstigungen bekommen. Denn nicht die
88 Form der Veröffentlichung ist entscheidend, sondern der kulturelle Wert.

89 Mittelfristig fordert GRÜNE JUGEND Bayern daher die Erweiterung des verminderten
90 Steuersatzes von 7% auf E-Books und Downloads von Hörbüchern.

91 Im April 2017 führt die deutsche Nationalbibliothek das Angebot an E-Books
92 gleichwertig dem am haptischen Buch ein. Wir fordern die Erweiterung dieses
93 Beschlusses auf Downloads von Hörbüchern und auf freiwilliger Basis auf
94 Podcasts. Auch für diese Medien muss eine Preisbindung wie bei haptischen
95 Büchern gelten.

96 Freihandelsabkommen wie TTIP oder CETA gefährden viele Bereiche unseres Lebens.
97 Oft vergessen werden dabei kleinere Themen wie die Buchpreisbindung. Der Online-
98 Buchhandel floriert und drängt in Richtung Oligopol beziehungsweise Monopol im
99 Bereich des Buchhandels. Freihandelsabkommen laufen Gefahr auch hier nur die
100 Belange der Großkonzerne zu vertreten und es könnte leicht zu einer Aushebung
101 der Buchpreisbindung kommen. Mit dieser legen die Verlage die Buchpreise für die
102 Händler*innen verbindlich fest. Ohne diese wird es durch die Vorherrschaft des
103 Onlinehandels zu einem massenweisen Sterben der stationären Läden kommen. Die
104 GRÜNE JUGEND Bayern hält weiter an der Buchpreisbindung fest und fordert den
105 Schutz dieser und dahingehend der Kulturgüter auch in Zeiten von
106 Freihandelsabkommen.

107 Öffentlich-rechtliche Medienanstalten stärken

108 Für eine Demokratie ist, besonders in der Zeit von schneller Verbreitung
109 falscher Meldungen via Social Media, unabhängige und sachliche
110 Berichterstattung, auf deren journalistische Qualität Verlass ist, essentiell.
111 Um diese garantieren zu können sind Medienanstalten, die in öffentlicher Hand
112 sind, unverzichtbar. Trotzdem stehen öffentlich-rechtliche Medienanstalten,
113 häufig auch zu Recht, in der Kritik, da viele Menschen den monatlichen
114 Rundfunkbeitrag von 17,50 Euro monatlich, in Relation mit den angebotenen
115 Programmen, für zu hoch erachten oder sich, auf Grund der Verpflichtung zu
116 zahlen, in ihrer Freiheit beraubt sehen. Medien werden jedoch nicht zu Unrecht
117 häufig als die vierte staatliche Gewalt bezeichnet, da wir als Gesellschaft auf
118 Journalist*innen angewiesen sind, die politische und wirtschaftliche Handlungen
119 aus einem kritisch-hinterfragenden Winkel beleuchten und ihre Arbeit auch allen
120 Menschen zugänglich ist, um jede*r die Möglichkeit zu bieten, sich auf Grund der
121 Faktenlage eine eigenständige Meinung zu bilden. Um hier einer mögliche
122 Beeinflussung auf finanzieller Ebene vorzubeugen, spricht sich die GRÜNE JUGEND
123 Bayern ganz klar gegen die häufig auftretende Forderung aus, öffentlich-
124 rechtliche Medienanstalten aus Steuermitteln statt über den Rundfunkbeitrag zu
125 finanzieren und um Qualitäts-Journalismus garantieren zu können, lehnen wir
126 ebenfalls Bestrebungen ab, die Mittel der Medienanstalten über eine allgemeine
127 Senkung des Rundfunkbeitrages zu senken. Jedoch sollten Unternehmen
128 angemessenere Beiträge leisten müssen. Bisher zahlen Unternehmen mit 50 und mit
129 240 Mitarbeiter*innen denselben Beitrag von 87,50 Euro im Monat und Unternehmen
130 mit über 20.000 Mitarbeiter*innen, zahlen im Vergleich zu denen mit nur bis zu 8
131 Mitarbeiter*innen vergleichsmäßig wenig. Um hier angemessenere Zahlen zu
132 erreichen und besonders kleinere Unternehmen zu entlasten, fordern wir
133 Beitragszahlungen, die besser an die tatsächlicher Mitarbeiter*innenzahl
134 angepasst sind, in der Form, dass die Beiträge der Unternehmen sich auf 35 Cent
135 pro Mitarbeiter*in belaufen sollten, sofern diese ihren Arbeitsplatz in
136 Deutschland haben.

137 Für einen vielfältigen bayerischen Rundfunkrat

138 Neue Regelungen für die Zusammensetzung des bayerischen Rundfunkrates sind auf
139 Grund eines grundsätzlichen Urteils des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahr
140 2014 schon länger erforderlich um Diversität und eine ausreichende Staatsferne
141 zu garantieren. Das dies längst überfällig ist, lässt sich zum Beispiel daran
142 erkennen, dass zwar zahlreiche Vertreter*innen der christlichen Kirchen Sitze im
143 Rundfunkrat haben, jedoch eine Vertretung für Muslim*innen völlig fehlt. Auch
144 sind die einzigen beiden Vertreterinnen von Frauenorganisationen Vertreterinnen
145 christlicher Zusammenschlüsse. Deshalb fordern wir die bayerische
146 Staatsregierung auf, Sorge für eine Neubesetzung des bayerischen Rundfunkrates
147 zu tragen.

148 Besonders wichtig ist hier die Forderung, den Rundfunkrat weniger staatsnah zu
149 besetzen. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb, Regierungsmitglieder von
150 einer Tätigkeit im Rundfunkrat auszuschließen und den Anteil von staatlichen und
151 staatsnahen Mitgliedern, wie Parlamentsmitglieder und hohe Wahlbeamte, auf ein
152 Viertel zu beschränken und diese nach den vorherrschenden Fraktionsgrößen im
153 Landtag aufzuteilen. Auch sollen Mitglieder in Parteivorständen keine Mitglieder
154 des Rundfunkrates sein.

155 Zudem muss der Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG konsequent durchgesetzt werden, weshalb
156 es notwendig ist, Frauen*-Organisationen in die Arbeit mit einzubringen. Aber
157 auch Vertreter*innen queerer Perspektiven werden bisher im Rundfunkrat vermisst.
158 Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND Bayern im Rundfunkrat zwei Sitze an
159 Vertreterinnen nicht-religiöser Frauen*-Organisationen sowie zwei weitere Sitze
160 an Vertreter*innen queerer Organisationen zu vergeben.

161 Junge Menschen wieder mehr für die öffentlich-rechtlichen Formate zu begeistern,
162 sollte ebenfalls ein Fokus der Personalpolitik sein, weshalb die GRÜNE JUGEND
163 Bayern fordert, dass der Bayerischen Jugendring ein zweites Mitglied entsenden
164 darf, welches bei Entsendung nicht älter als 24 Jahre sein darf. Zudem müssen
165 Schüler*innen, Azubis und Studierende besser vertreten werden. Um dies zu
166 erreichen sollten sowohl die Landesschüler*innenvertretungen, die DGB Jugend
167 sowie die Landes-Asten-Konferenz jeweils einen Sitz im Rundfunkrat bekommen.

168 Die momentane Besetzung des bayerischen Rundfunkrates betrachtend, kann
169 festgestellt werden, dass nicht alle großen Religionen angemessen repräsentiert
170 sind. Zwar sind Christentum und Judentum vertreten, das Christentum besonders
171 stark, doch der Islam wird momentan in keiner Weise berücksichtigt. Deshalb
172 fordern wir, die Vertretungen der Religionen wie folgt zu gestalten: Eine
173 Vertreter*in für sowohl die evangelische und die katholische Kirche, ebenfalls
174 eine Vertreter*in der israelitischen Kultusgemeinden sowie eine Vertreter*in des
175 Islams.

176 Feministische und queere Medienforschung vorantreiben!

177 In einer Forschungsdokumentation des Bayerischen Rundfunks wird klar gezeigt,
178 dass in den meisten Sendungen für Kinder ungesunde und nicht-gleichwertige
179 Geschlechtsbilder vermittelt werden. Besonders die Darstellung von Frauen und
180 Mädchen in diesen Sendungen ist schon auf rein anatomische Weise unrealistisch
181 und fördert ungesundes Verhalten wie Essstörungen schon bei jungen Mädchen. Auch
182 die Darstellung der Charaktereigenschaften ist stark zu kritisieren, da hier
183 konservative Rollenbilder vermittelt werden, die somit schon bei Kindern

184 gefestigt werden, aber auch bei älteren Menschen, durch die regelmäßige
185 Wiederholung in den Medien, gefestigt werden. Um eine emanzipierte und
186 gleichberechtigte Gesellschaft zu schaffen, ist es jedoch notwendig eben diese
187 Rollenbilder aufzubrechen und die Rolle die die Medien hierbei spielen ist eine
188 ganz elementare, da sie als Vervielfältigungs- und Verbreitungsmöglichkeit
189 dienen. Deshalb fordern wir, die bereits vorhandenen Bemühungen des Bayerischen
190 Rundfunks, Gender Mainstreaming umzusetzen, noch weiter zu verstärken und
191 konsequent umzusetzen. Dies wurde unter anderem durch die, bereits geforderte,
192 verstärkte Vertretung von Frauen*interessen im Rundfunkrat unterstützt, jedoch
193 reicht das allein nicht aus. Deshalb fordern wir ebenfalls die Einrichtung einer
194 Fachstelle, die sich mit genderspezifischen Angelegenheiten befasst, sowie die
195 in Auftrag Gebung von Forschung, zu den Möglichkeiten der konsequenten
196 Durchsetzung von Gleichberechtigung im bayerischen Rundfunk.

197 Zudem fordern wir die Einrichtung einer Fachstelle, welche sich für den
198 Freistaat Bayern mit dem Thema Gender in Medien allgemein auseinander setzt und
199 ebenfalls als Beratungsstelle für Autor*innen und andere fungiert und sie damit
200 darin unterstützt, in ihrer Arbeit die Gleichstellung der Geschlechter
201 umzusetzen. Diese Fachstelle sollte in Kooperation mit dem Kultusministerium
202 zudem eine Liste an Büchern für jede Schulart und Altersgruppe veröffentlichen,
203 welche auf Grund ihres Umgangs mit Gender besonders loblich sind und deshalb
204 Lehrer*innen als Schullektüren empfohlen werden.

Begründung

erfolgt mündlich.